

Einweg-E-Zigaretten: Rohstoffe sichern, Kreislauf schließen, Brandrisiken senken

Warum eine zielgerichtete Regulierung mehr erreicht als ein pauschales Verkaufsverbot

Kernbotschaften

- Einweg-E-Zigaretten enthalten Lithium, Kupfer, Aluminium, teils Kobalt und Kunststoffe – Rohstoffe, die sich zurückgewinnen lassen, sofern die Geräte zurückkommen.
- Entscheidend für Umwelt und Ressourcen ist die Rückführung am Ende der Nutzung, nicht der Verkauf selbst.
- Ein Verbot erzwingt keine Rückgabe. Es verlagert die Nachfrage eher in schwer kontrollierbare Vertriebswege.
- Brandrisiken entstehen durch falsch entsorgte Batterien, nicht durch den Verkauf. Sie sinken, wenn Geräte getrennt gesammelt werden.
- Rücknahmesysteme, klare Herstellerverantwortung und eine wirksame Marktaufsicht wirken unmittelbar auf diese Ziele – ein pauschales Verbot nicht.

Worum es geht: Rohstoffe im Kreislauf halten

Einweg-E-Zigaretten sind batteriebetriebene Kleingeräte. In ihnen stecken Lithium und Kupfer, je nach Bauart Kobalt, dazu Aluminium, Stahl und Kunststoffe – Materialien, die nach der Nutzung nicht verloren gehen müssen, sondern in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden können.

Die EU verfolgt mit dem Green Deal und dem Critical Raw Materials Act das Ziel, solche Rohstoffe länger im Kreislauf zu halten und die Versorgung mit strategischen Rohstoffen zu sichern. Bis 2030 soll mindestens ein Viertel des europäischen Bedarfs an strategischen Rohstoffen aus der Kreislaufwirtschaft stammen¹. Die Mengen sind relevant: Einweg-Geräte machen rund ein Drittel des europäischen E-Zigaretten-Marktes aus, und jedes enthält im Schnitt etwa 0,15 Gramm Lithium². Rund 90 Prozent der Geräte stammen aus China³ – die Importabhängigkeit ist in diesem Sektor besonders hoch. Die Recyclingorganisation Material Focus schätzt, dass allein die im Vereinigten Königreich jährlich geworfene Lithium-Menge aus Einweg-E-Zigaretten für die Batterien von rund 5.000 Elektrofahrzeugen reichen würde⁴. Jede nicht zurückgewonnene Menge muss durch Primärgewinnung ersetzt werden und erhöht die Importabhängigkeit Europas. Wer Rohstoffe aus Altgeräten zurückgewinnt, verringert damit auch die Abhängigkeit von Einfuhren. Rückgewinnung ist deshalb nicht nur eine Umwelt-, sondern auch eine Versorgungsfrage.

Rückgabe entscheidet – nicht das Verkaufsregal

Recyceln lässt sich nur, was zurückkommt. Die eigentliche Aufgabe besteht also nicht darin, Produkte aus dem Markt zu nehmen, sondern dafür zu sorgen, dass sie nach Gebrauch zurückgegeben werden.

Die Grundlagen dafür bestehen bereits. Hersteller und Handel bieten Rückgabemöglichkeiten für gebrauchte Einweg-E-Zigaretten, E-Zigaretten und Tabakerhitzer an; seit dem 1. Juli 2026 verpflichtet das ElektroG die Verkaufsstellen erstmals zur Rücknahme von (Einweg-)E-Zigaretten und elektronischen Tabakerhitzern. Ein einheitliches Symbol für Sammel- und Rücknahmestellen macht die Rückgabe sichtbar.

Damit die Systeme flächendeckend greifen, kommt es auf drei Dinge an: leicht erreichbare Rücknahmestellen, verständliche Informationen für Verbraucher und eine hohe Sichtbarkeit der Rückgabemöglichkeit am Verkaufsort. Der Handel spielt dabei die zentrale Rolle, denn er ist für Verbraucher die wichtigste Rückgabestelle.

Rückgabe senkt zugleich das Brandrisiko

Getrennte Sammlung dient nicht nur der Rohstoffrückgewinnung, sondern auch der Sicherheit. Landen Lithium-Ionen-Akkus im Hausmüll oder anderen falschen Entsorgungswegen, können sie in Sammel-, Sortier- und Recyclinganlagen beschädigt werden; die Folge sind Kurzschlüsse und Brände. In Deutschland werden inzwischen rund 30 solcher Brände pro Tag registriert, überwiegend ausgelöst durch Lithium-Ionen-Zellen. Allein im ersten Quartal 2024 entstand dadurch ein geschätzter Schaden von rund 250 Millionen Euro⁵. Das Problem ist nicht auf E-Zigaretten beschränkt. Es betrifft praktisch alle batteriehaltigen Alltagsprodukte, von der Powerbank bis zum Kopfhörer. Und es zeigt, warum ein Verkaufsverbot hier wenig ausrichtet: Ein Verbot hält Batterien nicht davon

¹ Bundeswirtschaftsministerium. 2025. [Link](#).

² Edit-Magazin. 2023. [Link](#).

³ Fraunhofer, S. 3. 2026. [Link](#).

⁴ EUWID-Recycling. 2023. [Link](#).

⁵ WA. 2026. [Link](#).

ab, im Restmüll zu landen. Nur wenn Geräte tatsächlich zurückgegeben und getrennt erfasst werden, sinkt das Brandrisiko spürbar.

Warum ein Verbot zu kurz greift

Die Erfahrung aus dem Vereinigten Königreich zeigt, dass ein Verkaufsverbot die Entsorgungsprobleme nicht löst: Trotz Verbot werden dort weiterhin rund 6,3 Millionen Einweg-Geräte und Pods pro Woche falsch entsorgt⁶. Der Grund liegt auf der Hand. Die Nachfrage verschwindet nicht mit dem Verbot, sie sucht sich andere Wege – grenzüberschreitenden Handel, Online-Plattformen, informelle Vertriebsstrukturen. Schon heute entfallen schätzungsweise 48 Prozent⁷ des europäischen und 36 Prozent des deutschen Marktes auf den irregulären Bereich⁸. Anbieter aus diesen Kanälen beteiligen sich weder an Rücknahmesystemen noch an deren Finanzierung; hinzu kommen Steuerausfälle. Rückverfolgbarkeit und Markttransparenz gehen verloren, Umwelt- und Sicherheitsstandards lassen sich kaum noch durchsetzen. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft braucht das Gegenteil: legale, kontrollierbare Marktstrukturen, über die Produkte erfasst und ihre Rückführung gesichert werden.

Regulieren statt verbieten

Kriterium	Pauschales Verbot	Zielgerichtete Regulierung
Rohstoffe und Kreislauf	Materialien gehen verloren, keine Rückführung	Rücknahme und Rückgewinnung kritischer Rohstoffe
Umwelt und Sicherheit	E-Schrott, Littering und Brandrisiken durch unkontrollierte Entsorgung	Rücknahmesystem senkt Brandrisiken und sichert Rohstoffe
Produktsicherheit	Ungeprüfte, unkontrollierte Produkte	Verbindliche Standards und Rückverfolgbarkeit
Markt und Steuern	Behörden verlieren Transparenz, Steuerausfälle	Marktstrukturen sichtbar, Einnahmen gesichert
Gesamtwirkung	Verlagerung in unkontrollierte Märkte	Kontrollierter, nachhaltig regulierter Markt

Fazit

- 1. Bestehende Maßnahmen zuerst bewerten:** Seit dem 1. Juli 2026 gilt die Rücknahmepflicht nach dem ElektroG. Dieses neue System sollte zunächst etabliert, flächendeckend angewendet und in seiner Wirkung auf Rückgabequoten, Rohstoffrückgewinnung und Kreislaufführung bewertet werden, bevor über zusätzliche Verbote entschieden wird.
- 2. Rückgabe erleichtern:** Je zugänglicher die Rücknahmestellen und je klarer die Information, desto eher geben Verbraucher ihre Altgeräte tatsächlich zurück. Das einheitliche Rücknahme-Symbol hilft dabei.
- 3. Recyclinggerechtes Design fördern:** Produkte sollten so gestaltet sein, dass sich Batterien und Rohstoffe leicht trennen lassen – etwa durch entnehmbare Akkus.
- 4. Marktaufsicht stärken:** Verbindliche Produkt- und Sicherheitsstandards, transparente Kennzeichnung, bessere Rückverfolgbarkeit sowie ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Importe – bei enger Zusammenarbeit von Zoll-, Marktaufsichts- und Vollzugsbehörden – sind die Voraussetzung dafür, dass all das wirkt.

Nicht das Verbot entscheidet, sondern die Rückführung. Rohstoffe lassen sich nur zurückgewinnen und Batteriebrände nur vermeiden, wenn Geräte am Ende ihrer Nutzung zurückgegeben und fachgerecht behandelt werden. Zielgerichtete Regulierung, funktionierende Rücknahmesysteme und eine wirksame Marktaufsicht setzen genau hier an. Ein pauschales Verbot schafft weder Rückgabe noch sichere Entsorgung – es verschiebt das Problem nur.

⁶ The Guardian, 2026. [Link](#).

⁷ Fraunhofer, S. 3. 2026. [Link](#).

⁸ Fraunhofer, S. 33. 2026. [Link](#).